

Mauretanien: ein schwieriges Amt für Präsident Abdallahi

Faath, Sigrid; Mattes, Hanspeter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Faath, S., & Mattes, H. (2007). *Mauretanien: ein schwieriges Amt für Präsident Abdallahi*. (GIGA Focus Nahost, 4). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Nahost-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-274697>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Mauretanien: Ein schwieriges Amt für Präsident Abdallahi

Sigrid Faath und Hanspeter Mattes

Aus den Präsidentschaftswahlen vom März 2007 ging im zweiten Wahlgang mit knapper Mehrheit der parteilose Kandidat Sidi Ould Cheikh Abdallahi als Sieger hervor. Sein offizieller Amtsantritt am 19. April beendet die Transformationsperiode, die mit der Absetzung von Präsident Ould Taya am 3. August 2005 einsetzte und die Überwindung seiner repressiven Herrschaft zum Ziel hatte.

Analyse:

Der seit 2005 laufende politische Transformationsprozess, in den alle gesellschaftlichen Gruppen einbezogen waren, hat hohe Erwartungen ausgelöst. Die institutionellen Voraussetzungen hat der seit August 2005 amtierende *Militärrat für Gerechtigkeit und Entwicklung* (CMJD) geschaffen, indem er weitgehend freie und faire Parlaments-, Gemeinde-, Senats- und Präsidentschaftswahlen organisierte. Die inhaltliche Ausrichtung der Innen- und Außenpolitik innerhalb des neuen institutionellen Rahmens ist aber noch zu klären.

- Mauretanien bleibt wie bereits in früheren Jahren von politischen, sozialen und wirtschaftlich bedingten Spannungen zwischen arabisch-berberischen und schwarzafrikanischen Mauretaniern geprägt. Diese Spannungen wurden bislang von der Politik nicht abgebaut; für die neu gewählten Institutionen sind sie die größte Herausforderung.
- Neben der ethnischen Gleichberechtigung stellen besonders der regionale Ausgleich und die soziale Aufwertung von Frauen und Jugend an die Gestaltungs- und Kompromissfähigkeit aller politischen Akteure große Anforderungen.
- Vor allem von den bislang dominierenden mauretanischen Stämmen wird die Bereitschaft zur Zurückstellung partikularer Interessen verlangt. Ob diese unter Präsident Abdallahi aufgebracht wird, wird sich ab dem zweiten Halbjahr 2007 zeigen.

Key words: Innenpolitische Entwicklung, Transformationsprozess, Wahlen, Militär

1. Kontext

Der Blick politischer Beobachter fällt selten auf Nordwestafrika, obwohl sich dort in den letzten Jahren im Windschatten der Weltpolitik ein interessanter Transformationsprozess vollzog. Die *Islamische Republik Mauretanien* befindet sich nämlich seit Sommer 2005 in einer historischen Umbruchphase, die dem militärischen Staatsstreich des Militärrates für Gerechtigkeit und Entwicklung (CMJD)¹ unter Führung von Oberst Ely Ould Mohamed Vall zu verdanken ist. Der CMJD beendete am 3. August 2005 die über 20-jährige Herrschaft von Präsident Ould Taya, der weder den ethnischen Gegensatz und den Regionalismus noch die tribale Dominanz weniger Stämme überwinden konnte und insbesondere nach den Putschversuchen von 2003 wegen der verschärften Repression nur noch über geringen innenpolitischen Rückhalt verfügte.

Der CMJD hat sich seinerseits nur ein beschränktes Zweijahresmandat bis zur Neuwahl eines Staatspräsidenten 2007 gegeben, um das starke Bedürfnis der mauretanischen Gesellschaft nach einem demokratischen Transformationsprozess und politischen Neuanfang in die Wege zu leiten. Nach anfänglichem Zögern und nachdem die vom CMJD eingeleiteten Schritte als ernsthaft eingestuft wurden, unterstützen die Parteien und zivilgesellschaftlichen Gruppen den eingeleiteten Transformationsprozess. Dieser verläuft indes nicht ohne Probleme, was mit der strukturellen und heterogenen Zusammensetzung der mauretanischen Gesellschaft zusammenhängt. Diese ist zum einen vom Gegensatz zwischen arabisch-berberischen und schwarzafrikanischen Mauretaniern geprägt, zum anderen spielt innerhalb des „weißen“ Mauretanien die Stammeszugehörigkeit eine zentrale Rolle.

Da der heutige postkoloniale Staat auf Stämmen basiert, die sich ihrer Herkunft nach als gleichberechtigt ansehen, kam es als Folge ungleicher Machtbeteiligung seit der Unabhängigkeit 1960 mehrfach zu Staatsstreich, die jeweils die Vorherrschaft der Stämme veränderten: 1960 bis zum Militärputsch 1978 dominierten die Stämme von Trarza unter Präsident Ould Daddah, nach dem Militärputsch 1978 unter Ould Sadek bis 1984 die Stämme des östlicher gelegenen Kiffa; seit dem Militärputsch 1984 unter Ould Taya waren bis 2005 die nördlicheren Stämme aus Adrar (Atar) politikbestimmend.

Der Führer des Militärputsches vom August 2005, Oberst Ould Vall², der den Stamm der Ould Bou Sba (Trarza) repräsentiert, trat mit dem Anspruch an, die regionalen Dominanzen überwinden zu wollen. Das Putschpotenzial ist aber nur dann langfristig zu verringern, wenn die politische und ökonomische Entscheidungsfindung tatsächlich auf einer breiteren regionalen Machtbalance beruht. Nur wenn Machtkartelle einzelner Stämme effektiv verhindert werden, können alle Mauretanier in die politische Entwicklung integriert werden, so dass neuerliche Putschversuche (auch schwarzafrikanischer Offiziere wie zuletzt 1987) in der Zukunft unwahrscheinlicher werden.

2. Die zivilen Akteursgruppen: politische Parteien und Opposition

Der am 3. August 2005 durch militärischen Staatsstreich an die Macht gekommene CMJD hat umgehend die verfassungsmäßigen Legislativorgane (die Nationalversammlung mit 81 Deputierten und den Senat mit 56 Mitgliedern) aufgelöst und Neuwahlen binnen zwei Jahren angekündigt. Die politischen Parteien wurden vom CMJD unterstützt und zur Teilnahme am „demokratischen Transformationsprozess“ aufgerufen. Die bestehenden Parteien haben sich in der Folge reorganisiert und zahlreiche Parteien wurden neu gegründet. Zurzeit gibt es ein breites, rund 50 Parteien³ umfassendes Spektrum nationalistischer, baathistisch-panarabischer, säkularer, linker bis religiös ausgerichteter Parteien, unter denen die frühere Regierungspartei *Parti Républicain Démocratique et Social*, im Oktober 2005 zur *Parti Républicain pour la Démocratie et le Renouveau* (PRDR) umstrukturiert, die größte und mitgliederstärkste ist. Einflussreich sind aber auch unter den bisherigen Oppositionsparteien:

- die *Rassemblement des Forces Démocratiques* (RFD) unter dem prominenten Politiker und schärfsten Rivalen des neu gewählten Präsidenten Abdallahi, Ahmed Ould Daddah, der bei den Gemeinde- und Legislativwahlen im November 2006 landesweit noch vor der PRDR die meisten Kandidaten aufstellte,
- die *Alliance Populaire Progressiste* (APP) unter Führung von Messoud Ould Boulkheir,

¹ Akronym von *Conseil Militaire pour la Justice et la Démocratie*.

² Oberst Vall war im August 2005 Kommandeur der Polizei/*Direction Générale de la Sécurité Nationale* (DGSN).

³ Davon waren im Herbst 2006 35 legalisiert.

- die *Rassemblement pour la Démocratie et l'Unité Nationale* (RDU) unter Ahmed Ould Sidi Baba,
- die auf nationale Einheit ausgerichtete *Union des Forces de Progrès* (UFP) unter Führung von Mohamed Ould Maouloud und
- die erst im März 2006 legalisierte *Parti Mauritanien pour l'Unité et le Changement* (PMUC), gegründet von den *Cavaliers de Changement* Salah Ould Hannena und Mohamed Ould Cheikhna, die am 8. Juni 2003 den gescheiterten Staatsstreich gegen Präsident Ould Taya anführten.

Die einzige von einer Frau (Naha Mint Mouknass) präsidierte Partei ist die *Union pour la Démocratie et le Progrès* (UDP). Verboten wurde vom Innenministerium im Oktober 2005 die islamistisch ausgerichtete *Parti de Convergence Démocratique* von Cheikh Ould Horma.

Zahlreiche Parteien haben sich im Vorfeld der Legislativwahlen insbesondere mit Blick auf die Mandate in der nunmehr 95 Sitze umfassenden Nationalversammlung zu Koalitionen zusammengeschlossen, darunter als einflussreichste die neun Parteien/Gruppen umfassende *Coalition des Forces du Changement Démocratique* (CFCD), gebildet u. a. aus RFD, APP, *Renouveau Démocratique*, *Union des Forces du Progrès* und unabhängigen Kandidaten der islamischen *Centristes Réformateurs*. Hauptziel der von Ould Hannena angeführten CFCD war es, dem PRDR den neuerlichen Machtzugang zu verwehren, was auch gelang.

Weitaus entscheidender für die innenpolitische Entwicklung Mauretaniens als viele der kaum tribale Grenzen überschreitenden Anhängerschaft der kleinen Parteien sind zwei politische Blöcke: zum einen die Organisationen der schwarzafrikanischen Bevölkerung und Haratin (freigelassene, ehemalige Sklaven arabisch-berberischer Stämme), zum anderen die Gruppen mit islamistischer Orientierung.

Zu den Organisationen der schwarzafrikanischen Mauretanier und Haratin gehören historisch die Gruppierung *El Hor* (als Organ der Haratin) und die – mit Wurzeln in den 1960er Jahren – 1983 formal begründete Organisation *Forces de Libération Africaines de Mauritanie* (FLAM). Einer der historischen Führer von *El Hor*, Messoud Ould Boulkheir, setzt seine politische Arbeit zurzeit im Rahmen der APP fort und wurde im April 2007 nach verlorener Präsidentschaftswahl zum neuen Parlamentspräsidenten nominiert.

Die islamistische Strömung hat sich in den letzten Jahren durch die geschickte Instrumentalisierung der

Unzufriedenheit mit der von Präsident Ould Taya – vor allem in den Jahren 2003-2005 – betriebenen Repressionspolitik zur bedeutendsten oppositionellen und wegen ihrer antisystemischen Ausrichtung auch destabilisierendsten Kraft in Mauretanien entwickelt. Konsequenz war eine massive Repression (Verhaftungswellen 1994, 2003, 2004, 2005) und ein auch vom CMJD beibehaltenes Organisationsverbot. Die islamistische Strömung, zu der letztendlich auch die konservative *Association des Ulémas de Mauritanie* zählt, verfügt folglich über keine eigene legalisierte Partei, sondern agiert über Prediger und durch Parteieninfiltration aus den zentristischen Parteien (wie Islah) heraus. Nur ein kleiner Teil mit Kontakten zur algerischen terroristischen Gruppe GSPC, die *al-Qa'ida* nahe steht und sich seit Anfang 2007 als *al-Qa'ida des Maghreb* bezeichnet, verfolgt den bewaffneten Kampf gegen das Regime, das trotz „Islamischer Republik“ und formaler Anwendung der Scharia in ihren Augen „unislamisch“ ist und zu stark mit den USA und Israel paktiert. Die Verbindung der militanten mauretanischen Islamisten mit *al-Qa'ida* und der algerischen GSPC, die bereits beim Überfall auf die Kaserne im nordostmauretanischen Lemgheity am 4. Juni 2005 (15 tote Soldaten) und beim Aufbau von Zellen in Nouakchott im Oktober 2006 eine zentrale Rolle gespielt hat, wird allerdings von der islamistischen Hauptströmung abgelehnt, die dadurch ihren politischen Handlungsspielraum gefährdet sieht.

3. Der Reformfahrplan des CMJD 2005-2007

Die Machtübernahme des CMJD wurde mit dem Fehlen demokratischer Prozesse, den gravierenden Menschenrechtsverletzungen, der einseitigen Begünstigung tribaler Oligarchen, der ungleichen Verteilung der Ressourcen und der Gefährdung der politischen Stabilität durch das repressive Agieren Präsident Ould Tayas gerechtfertigt. Indem Ould Taya 2003-2005 die Repression massiv verstärkt habe, habe er aber – so die innermauretanische Auffassung – gleichzeitig die Chance für eine Versöhnung in Mauretanien geschaffen, weil mit dem militärischen Machtwechsel vom 3. August 2005 der Weg zu einem neuen Gesellschaftsvertrag geebnet worden sei. Der CMJD trug seinen Teil hierzu bei, indem er sich explizit nur ein zeitlich begrenztes zweijähriges Mandat gab, um während dieser Zeit die Institutionen zu erneuern; zur Erhöhung der Glaubwürdigkeit dieser Ankündigungen war es CMJD-Mitgliedern

und amtierenden Ministern der Übergangsregierung nicht erlaubt, bei der Präsidentschaftswahl im März 2007 zu kandidieren.

Die Arbeitsagenda des CMJD von August 2005 an stand somit unter der Zielvorgabe „Herstellung eines politischen Klimas, das freie und faire Wahlen zulässt“ und umfasste folgende Punkte:

- Festlegung eines verbindlichen Wahlkalenders; Eckpunkte waren:
 - Verfassungsreferendum: 25. Juni 2006,
 - Legislativ- und Gemeinderatswahlen: 19. November 2006 (2. Wahlgang: 3. Dezember),
 - Wahlen zum Senat: 21. Januar 2007 (2. Wahlgang: 28. Januar),
 - Präsidentschaftswahlen: 11. März 2007 (2. Wahlgang: 25. März).
- Freilassung politischer Gefangener und Amnestie der Exilopposition (daraufhin Rückkehr vieler Oppositioneller von September 2005 an); die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen sollte hingegen die 2007 neu gewählte Staatsführung bewerkstelligen; allerdings hat der CMJD das Ja der Regierung zur Bekämpfung der Sklaverei nachdrücklich bestätigt.
- Fortsetzung der Parteienförderung (allerdings Verbot der Parteienfinanzierung durch das Ausland).
- Beibehaltung der Verfassung von 1991, aber Modifizierung zentraler Bestimmungen (u. a. Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten von sechs auf nur noch fünf Jahre; nur einmalige Wiederwahl des Präsidenten); Oberst Vall bezeichnete in seiner Rede vom 11. Juni 2006 die Jugend und die Frauen (Einführung einer Quote) als die beiden Gruppen, die langfristig am meisten von der geänderten Verfassung profitieren würden. Das Referendum am 25. Juni 2006 wurde nur von der FLAM boykottiert; bei einer Wahlbeteiligung von 76,51 % sprachen sich 96,97 % der Abstimmenden für die Annahme der Änderungsvorschläge aus.
- Unterstützung der angestrebten „Nationalen Versöhnung“ durch Konsultation mit allen gesellschaftlichen Gruppen im Vorfeld neuer gesetzgeberischer Maßnahmen.
- Verbesserung der Medien- und Pressefreiheit; diese hat insbesondere durch die Aufhebung der Kontrolle des Innenministeriums über die Presseorgane⁴ und die Aufhebung von Zensurmaßnahmen große Fortschritte gemacht;⁵ private Rundfunkstationen wurden zugelassen.

⁴ Ein neues Pressegesetz wurde im Oktober 2006 verabschiedet.

⁵ Mauretanien hat sich deshalb auf der Weltrangliste von Re-

- Stärkung der Justizautonomie und
- Maßnahmen zur Dezentralisierung der Verwaltung.

Hinzu kam die Verpflichtung zur Korruptionsbekämpfung und angesichts der im Februar 2006 anlaufenden Erdölförderung die Maßgabe, Mauretanien durch verantwortungsvolles Handeln nicht zum Rentier-Staat werden zu lassen, sondern sich – so Oberst Vall am 19. April 2006 – am Beispiel Norwegens zu orientieren. Ein am 22. Februar 2006 eingerichtetes *Comité National de l'Initiative pour la Transparence des Industries Extractives* soll deshalb nicht nur die Upstream-Aktivitäten, sondern auch die Verwendung der Ressourceneinnahmen kontrollieren.

Diese Agenda, deren Umsetzung vom CMJD zielstrebig in Angriff genommen wurde, ist von den Parteien und gesellschaftlichen Akteuren kommentiert und je nach politischer Verortung und den eigenen programmatischen Vorstellungen unterstützt oder kritisiert worden, allerdings ohne den Transformationsprozess insgesamt in Frage zu stellen. Alle Parteien sprachen sich deshalb auch für die Teilnahme an den Legislativwahlen im November 2006 und – durch Nominierung von Kandidaten – an den Präsidentschaftswahlen im März 2007 aus.

3.1. Die Parlamentswahlen im November/Dezember 2006

Die wählbaren staatlichen Institutionen befanden sich in Mauretanien von Herbst 2006 bis Frühjahr 2007 in einem Prozess der vollständigen Neuformierung. Dank einer auch von internationalen Wahlbeobachtungskommissionen konzidierten fairen Wahl-durchführung,⁶ einer hohen Wahlbeteiligung und ausbleibenden Wahlboykotts durch eine repräsentative Bevölkerungsgruppe können die neu gewählten Organe (sowohl das Parlament als auch die Gemeinderäte und der Senat) als demokratisch legitimiert gelten.

Von den drei Teilwahlen war die Wahl der 95 Parlamentsabgeordneten zweifellos die wichtigste – weil sie nicht nur Aufschluss über das gegenwärtige reale innenpolitische Kräfteverhältnis liefert, sondern auch den parlamentarischen Unterbau be-

porter ohne Grenzen vom Oktober 2006 gegenüber 2004/2005 um 61 Plätze verbessert.

⁶ Selbst die Oppositionsparteien und das zivilgesellschaftliche *Observatoire National pour les Elections* sprachen von einem „Klima der Freiheit“.

stimmt, der den legislativen Handlungsspielraum des Präsidenten determiniert.

Von den 28 zur Parlamentswahl zugelassenen Parteien konnten nur zwölf Parteien in den beiden Wahlgängen⁷ Sitze erringen, davon die Exoppositionsparteien RFD 16 Sitze, UFP neun Sitze, APP sechs Sitze; weitere acht Parteien erhielten nur zwischen vier und einem Sitz. Die frühere Regierungspartei PRDR kam auf sieben Sitze. Wenngleich damit die Opposition ein deutliches Übergewicht der Parteiensitze für sich verbuchen konnte, so war doch nach dem zweiten Wahlgang klar, dass im Parlament insgesamt die Kräfte, die bereits das Ould-Taya-Regime mittrugen oder duldeten, die Mehrheit haben. Denn von den als „Unabhängige“ für einen Parlamentsitz kandidierenden Persönlichkeiten konnten sich im zweiten Wahlgang am 3. Dezember 2006 (nach zehn errungenen Sitzen im ersten Wahlgang am 19. November 2006) weitere 29 Unabhängige durchsetzen und damit im Bündnis u. a. mit der PRDR und der UDP (drei Sitze) die bereits sicher geglaubte Mehrheit der Oppositionskoalition CFCD im Parlament mit 52 Sitzen knapp verhindern.⁸ Selbst wenn der neue Präsident Abdallahi auf eine ihm wohlgesinnte (knappe) parlamentarische Mehrheit bauen kann, so ist die Opposition doch stark genug, dass sie bei den anstehenden sensiblen politischen Entscheidungen nicht umgangen werden kann.

3.2. Die Präsidentschaftswahl im März 2007

Für die vom CMJD am 11. März 2007 anberaumte Präsidentschaftswahl wurden von der Wahlkommission insgesamt 20 Kandidaten zugelassen, von denen zwölf den Status eines „unabhängigen“ (parteilosen) Kandidaten hatten, darunter als aussichtsreichster der aus einer einflussreichen maurischen Familie stammende „Technokrat mit dem Gehebe eines Marabout“ und ehemalige Minister Sidi Ould Cheikh Abdallahi (geb. 1938)⁹ sowie der ehemalige Zentralbankgouverneur und Wirtschaftsfachmann Zeine Ould Zeidane; die übrigen Kandidaten waren Parteiführer, darunter der als Favorit eingestufte RFD-Führer Ahmad Ould Daddah sowie Messaoud Ould Boulkheir (APP) und Ould Hannena (PMUC).

⁷ Wahlberechtigte: 1.073.287, Wahlbeteiligung: 73,4 % (1. Wahlgang), 69,5 % (2. Wahlgang).

⁸ Vgl. Libre Antenne, Nouakchott, 5.12.2006 (Liste des députés); Nouakchott Info, 4.12.2006 (Vers uns Assemblée sans majorité ferme).

⁹ Vgl. zu seiner Biographie Jeune Afrique, 15.4.2007 (Sidi Ould Cheikh Abdallahi: Portrait d'un président).

Bei einer Wahlbeteiligung von 70,1 % (Wahlberechtigte: 1.134.774) entfielen 24,8 % der abgegebenen gültigen Stimmen auf Abdallahi, 20,7 % auf Ould Daddah, 15,3 % und 9,8 % auf Ould Boulkheir, die restlichen 30 % auf die anderen 16 Kandidaten.¹⁰ Mangels Mehrheitsentscheidung wurde folglich am 25. März eine Stichwahl zwischen den beiden erstplatzierten Kandidaten Abdallahi und Ould Daddah notwendig, die Abdallahi dank der Unterstützung von Zeidane und Ould Boulkheir knapp für sich entscheiden konnte. Beim zweiten Wahlgang (Wahlbeteiligung 67,5 %, abgegebene gültige Stimmen 706.705) entfielen 373.520 (52,9 %) auf Abdallahi, 333.185 (47,1 %) auf Ould Daddah.¹¹ Dieser knappe Wahlausgang zwingt den neuen Präsidenten, will er das begonnene Reformprogramm umsetzen und eine Spaltung der mauretanischen Gesellschaft in zwei Lager vermeiden, zu Kompromissen und zur Einbindung des unterlegenen Kandidaten Ould Daddah entsprechend den in den Wahlprogrammen postulierten ähnlichen Reformpunkten.

4. Die Konfliktbearbeitungsstrategie des CMJD

Der CMJD hat durch seine militärische Intervention in die Politik im August 2005 und den formulierten Willen, einen demokratischen Wandel herbeizuführen, eine historische Chance geschaffen, die folgenden seit Jahrzehnten bestehenden Konflikte nachhaltig zu lösen:

- zwischen politischer Opposition und Staatsführung,
- zwischen Zivilgesellschaft und Staatsführung sowie
- zwischen schwarzafrikanischen und „weißen“, arabisch-berberischstämmigen Mauretaniern.

Dies eröffnet auch Möglichkeiten für eine regional- und gruppenspezifisch ausgewogene Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Ausgangspunkt des militärischen Eingreifens im August 2005 war ein „Konflikt-Assessment“, dessen Ergebnis das Interimsengagement des CMJD zugunsten einer politischen Neuordnung war. Kernelemente dieses Eigenauftrages waren

- das Bekenntnis zu einem klaren Wahlkalender (s. o.) verbunden mit der Erklärung, dass der

¹⁰ Die genauen Ergebnisse des ersten Wahlgangs veröffentlichte die mauretanische Nachrichtenagentur AMI am 12.3.2007.

¹¹ Ould Daddah lag im Wahlkreis Nouakchott und in seinem Heimatwahlbezirk Trarza vor Abdallahi.

CMJD nach Abschluss des auf tatsächlich freien Wahlen beruhenden Wahlprozesses sein Mandat als beendet ansieht, und

- die Bereitschaft zum Dialog mit allen politischen Kräften (*Concertation nationale*) zur Festlegung der Inhalte der wichtigsten Punkte des Reformprogrammes.

Zur Vorbereitung der *Concertation nationale* setzte der CMJD am 17. August 2005 drei interministerielle Komitees ein, die jeweils einen Evaluierungsbericht zu den folgenden Reformachsen erarbeiten sollten:

1. *Verfassungsreform und demokratischer Wandel* (Eckpunkte: Verfassungsreform, Stärkung der Rolle der Parteien, Wahlkalender),
2. *gute Regierungsführung* (Eckpunkte: Verwaltungsreform, Dezentralisierung, Lokalentwicklung, Umwelt- und Wirtschaftsreform, Korruptionsbekämpfung, Verbesserung des Menschenrechtsschutzes) und
3. *Justizreform* (Eckpunkte: Unabhängigkeit der Justiz, juristische Aus- und Fortbildung, Verbesserung der Gerichtsinfrastruktur).

Die drei umfangreichen Berichte¹² wurden Anfang Oktober vorgelegt und dienten als Diskussionsgrundlage für das vom 25. bis 27. Oktober 2005 anberaumte erste Diskussionsforum mit Parteien und NRO. Der CMJD selbst billigte am 8. November 2005 die Ergebnisse des Diskussionsforums als Regierungsauftrag.

Eineinhalb Jahre nach dem Dialogforum zeigt sich, dass die drei Reformachsen unterschiedliche Tempi entfalteten und dass Umsetzungsprobleme bestehen. Am effektivsten und wesentlich zur nationalen Aufbruchstimmung beitragend war die Reformachse *Verfassungsreform und demokratischer Wandel*. Nicht nur, dass in Übereinstimmung mit den involvierten Akteuren schnell der Inhalt der Verfassungsänderung kodifiziert und der vereinbarte Zeitplan für das Verfassungsreferendum eingehalten werden konnte, auch die Wahl der Mitglieder für die Wahlüberwachungskommission erfolgte überraschend reibungslos. Deutliche Fortschritte gab es auch im Bereich Medien (Zensurrücknahme usw.), wo im März 2006 die im Dezember 2005 eingesetzte *Commission Nationale Consultative pour la Réforme de la Presse et de l'Audiovisuel* ihren Bericht mit einem Plädoyer für die Zulassung privater Medien vorlegte; der empfohlene Rat zur Sicherung der Medienfrei-

heit (die *Haute Autorité de la Presse et de l'Audiovisuel*) wurde im Oktober 2006 eingesetzt.

Bereits deutlich bescheidener fiel die Reformbilanz der *Good-Governance-Achse* aus, wo zwar die internationale Konvention gegen Korruption unterzeichnet wurde und die niedrigen Gehälter des öffentlichen Dienstes um 50 % angehoben wurden, ansonsten aber wenig konkrete weitere Beschlüsse gefasst wurden. Allerdings startete im Mai 2006 ein von der UNDP mit 11,9 Mio. US\$ unterstütztes Programm zur Förderung von Good Governance, Armutsbekämpfung und Umweltschutz.

Die geringsten Fortschritte gab es im Bereich *Justizreform*, zu deren Stand erst im August 2006 ein umfangreicher Bericht vorgelegt wurde. Zwar gibt es inzwischen ein Programm zur Fortbildung der Richter, doch die Parteien und NRO mahnten zu Recht an, dass hinsichtlich des zentralen Reformpunktes, nämlich der Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz, noch jegliche konkrete Absicherungsmaßnahmen fehlen.

Am Beispiel der Justizreform zeigt sich die Grenze der bisherigen Konfliktaufarbeitung; einerseits hat der CMJD mit seiner Amnestie politischer Gefangener den Grundstein für das neu aufzubauende Vertrauen gelegt, andererseits aber mit seinem Zögern bei der juristischen Aufarbeitung der Staatsverbrechen unter Ould Taya (insbesondere die Verfolgung der schwarzafrikanischen Soldaten und Offiziere nach dem Putschversuch 1987¹³ sowie die Pogrome an den schwarzafrikanischen Mitbürgern 1989-1990, d. h. der ganze Komplex der „oppression des noirs“), den Reformintentionen geschadet. Die im *Forum National des Droits de l'Homme* (FONADH) zusammengeschlossenen mauretanischen Menschenrechtsaktivisten und Vertreter der Haratin/FLAM warfen dem CMJD zudem eine zu nachsichtige Antisklavereipolitik vor, nicht unbedingt auf formaler Ebene, weil es die eindeutige Aussage von Oberst Vall vom Mai 2006 gegen die Sklaverei gibt, aber auf realer Ebene, wo die Regierung landesweit offensiver agieren müsse, wolle sie das Vertrauen der schwarzafrikanischen Mauretanier und Haratin gewinnen.

¹² Texte finden sich unter www.mauritania.mr.

¹³ Hier geht es um die Wiedergutmachungsforderung der Opferorganisation *Officiers du Collectif des Rescapés Militaires* (OCREM). Unter anderem besteht der Vorwurf der Folterung von über 3.000 Militärs wegen angeblichen Hochverrats.

5. Die Aufgabenpalette des neuen Präsidenten Abdallahi

Die vom CMJD eingeleitete Konfliktbearbeitungsstrategie sollte nach Ansicht zahlreicher Kommentare in der mauretanischen Presse im März/April 2007 vom neuen Präsidenten zügig fortgesetzt werden.¹⁴ Jenseits des Plädoyers für eine „Regierung der nationalen Einheit“ wegen des knappen Ausgangs der Präsidentschaftswahl wurden von Politikern und Journalisten – wenngleich mit unterschiedlicher Hierarchisierung – einmal mehr alle zur Lösung anstehenden Problembereiche aufgelistet,¹⁵ darunter:

1. Herstellung und Sicherung der nationalen Einheit.

Hierzu gehört die Gleichbehandlung aller Bürger unabhängig von Rasse und sozialer Herkunft. In seinem Wahlprogramm hat Präsident Abdallahi dies als seine Aufgabe benannt und binnen Jahresfrist erhebliche gesetzgeberische Anstrengungen zur Sicherung der Menschenrechte und zur realen Zurückdrängung der Sklavereipraxis angekündigt. Durch die vorgesehene Besetzung des Postens des Parlamentspräsidenten mit dem unterlegenen Präsidentschaftskandidaten und Vertreter schwarzafrikanischer Interessen, Messoud Ould Boulkheir, bestehen hier realistische Aussichten für Fortschritte.

2. Neuregelung der Sprachenfrage.

Präsident Abdallahi hat zwar betont, dass die in der Verfassung festgeschriebene Rolle des Arabischen nicht zur Disposition stehe, es seiner Meinung nach aber viel Spielraum bei der Aufwertung der anderen vor allem in Südmauretanien weit verbreiteten afrikanischen Sprachen wie Tukulör oder Wolof gebe.

3. Stärkung von Good Governance und Rechtsstaatlichkeit.

Angesichts des (auch von der EU kritisierten) Defizits im Bereich Gewaltenteilung würden hier Umstrukturierungen anstehen. Präsident Abdallahi will nach eigenen Angaben Maßnahmen ergreifen, die künftig eine Politisierung und Tribalisierung der Verwaltung verhindern und Korruption einschränken.

4. Kampf gegen Armut und Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung.

Der geringe Index menschlicher Entwicklung für Mauretanien¹⁶ zeigt den hohen Bedarf an Maßnahmen zur Armutsbe-

kämpfung auf. Hierzu sind neben internationaler Hilfe vor allem Bedingungen für ausländische Direktinvestitionen in- und außerhalb des Erdölsektors zu schaffen. Präsident Abdallahi kündigte an, eine doppelte Strategie umsetzen zu wollen: Neben der Schaffung von Entwicklungspolen in den einzelnen Wilayaten sollen auf der Basis einer zu erstellenden „Armutskarte“ gezielt die am stärksten benachteiligten Regionen vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung und Investitionsförderung unterstützt werden.

5. Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung.

Die bisherige Konzentration der Wirtschaftsentwicklung auf die Hauptstadt Nouakchott und die Hafenstadt Nouadhibou soll zugunsten einer regional diversifizierten Entwicklungsförderung aufgegeben werden; insbesondere die erwarteten Deviseneinnahmen aus dem Erdöllexport sollen regional breit in Projektfördermaßnahmen fließen. Sektoral sollen besonders Land- und Viehwirtschaft sowie Bergbau/Bodenschätze im Mittelpunkt stehen.

6. Bildungsförderung.

Die mauretanischen Kommentatoren sind sich einig, dass im Bereich Bildung hohe Defizite abzubauen sind.

7. Außenbeziehungen.

Hier sind vor allem die diplomatischen Beziehungen zu Israel ein zwischenparteilicher Streitpunkt. Präsident Abdallahi hat in dieser Frage ein Referendum angekündigt.

Diese bei weitem nicht vollständige Liste von Problembereichen und die Erfahrungen der Jahre 2005/2006 lassen erahnen, vor welcher schwierigen Aufgabe die neue mauretanische Staatsführung steht. Während die militärische Intervention des CMJD den institutionellen Rahmen neu geschaffen hat, in dem über Lösungsmechanismen verhandelt werden kann, ist es Präsident Abdallahi – in der Presse als „Mann des Konsenses“ apostrophiert – und dem von ihm Mitte April nominierten Premierminister, dem ehemaligen Zentralbankgouverneur Zeine Ould Zeidane vorbehalten, die inhaltlichen Reformen und damit die eigentliche Herkulesaufgabe zu meistern. Vor allzu hohen Erwartungen an die neue Führung und in Bezug auf grundlegende strukturelle Eingriffe ist indes zu warnen: Die Rolle als „Mann des Konsenses“, der sich auf eine Regierung der „nationalen Einheit“ stützt, ist auch mit der Aufgabe verbunden, die Interessen der bisherigen politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich einflussreichen Stämme/Stammesfraktionen und Familien zu berücksichtigen, denen Präsident Abdallahi schließlich auch seine Wahl verdankt.

¹⁴ Als Beispiel für zahlreiche Kommentare dieser Art sei genannt: www.cridem.org, 29.3.2007 (Après celle des militaires: une nouvelle transition commence).

¹⁵ Vgl. z. B. Nouakchott Info, 4.4.2007 (Election de Sidi Ould cheikh Abdallahi: Le plus difficile reste à faire); www.cridem.org, 29.3.2007 (Les questions qui attendent le nouveau Président).

¹⁶ 2006 Rang 153 von 177, Wert 0,486.

■ Literatur

Comité Interministériel chargé de la Bonne Gouvernance: Rapport du Comité – version finale, Nouakchott, 2005, 119 S.

Marchesin, Philippe: Tribus, ethnies et pouvoir en Mauritanie, Paris: Karthala, 2003, 437 S.

Ould Saleck, El-Arby: Les Haratins. Le paysage politique Mauritanien, Paris: L'Harmattan, 2003, 153 S.
www.cridem.org.

www.mauritania.mr (Berichte zur Justizreform, zum demokratischen Prozess und zur Presse).

■ Die Autoren

PD Dr. Sigrid Faath ist wissenschaftliche Koordinatorin des Forschungsprojektes Menastabilisierung, das in vier Teilprojekten 2007-2008 am GIGA Institut für Nahost-Studien durchgeführt wird.

E-Mail: faath@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/faath>.

Dr. Hanspeter Mattes ist stellvertretender Direktor des GIGA Institut für Nahost-Studien. Spezialgebiet: Innen- und Außenpolitik der nordafrikanischen Staaten, wirtschaftliche Transformationsprozesse, *soft-security*-Probleme.

E-Mail: mattes@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/mattes>.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Die Untersuchung politischer Transformationsprozesse (Institutionen, Parteien, Wahlen etc.) ist zentraler Bestandteil der Forschung innerhalb des Forschungsschwerpunktes 2 (Legitimität und Effizienz politischer Systeme); hierbei bildet zurzeit die Parteienforschung zu Westafrika ein Hauptthema.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Hanspeter Mattes; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German ■ Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM